

Über die Verunsicherung durch mehrdeutige, unklare Begriffe und über die unberechtigten Zweifel an die Wirksamkeit der Umlaufsicherung in einer Krise wie der aktuellen ¹

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text: 64.0

Oktober 2008

Begriffe – es sind Versuche, Inhalte in einem Wort festzunageln – sind immer im Fluß. Damit man mit Begriffen vernünftig arbeiten kann, ist die Arbeit an den Begriffen eine fortwährende. Zum vernünftigen, praktischen und zielgerichteten Handeln sind wir aber auf die Orientierung an Begriffen angewiesen. Gruppen mit ihrer jeweiligen spezifischen Begriffsbildung dürfen daher – wenn sie sich nicht selbst lahmlegen wollen – nicht alle ihre Begriffe gleichzeitig in Frage stellen, so wie auch die Feuerwehr – damit sie einsatzbereit bleibt – nicht alle Fahrzeuge und alles Löschgerät gleichzeitig in die Überholungswerkstatt bringen kann.

Ich will nun auf einige Begriffe, die für uns wichtig sind, eingehen, ohne lange über eine Systematik, eine Lückenhaftigkeit oder Vollständigkeit nachzudenken. Auf Begriffe einzugehen, heißt hier eben nicht, daß ich versuchen will oder sollte, neue oder alte Definitionen zu präsentieren. Es geht mir darum, das bislang Sichere und Brauchbare an den Begriffen hervorzuheben.

Ich fange mit dem Begriff *Natürliche Wirtschaftsordnung* an:

In meiner Zeit in der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg ² habe ich versucht, den Unterschied zwischen *Wirtschaftsordnung* und *Wirtschaftssystem* herauszufinden. Mein Fazit war damals wohl, daß diese Wörter nach Vorlieben der Verfasser benutzt werden und syn-

1 Ich nehme Bezug auf die Diskussionen in der NWO-Liste@listi.jpberlin.de. Diejenigen, die sich beteiligt haben, werden merken, auf wen ich mich beziehe. Namen nenne ich also nur, wenn ich direkt aus einem bestimmten Text zitiere.

2 Es war ein multibles, kurzes, aber intensives Studium an der AWP in Hamburg in der Zeit 1964 /66 in den Fächern VWL, BWL, Recht, Soziologie und Sozialpsychologie. Viel von dem vermittelten Wissen ist inzwischen verblaßt, ergänzt oder ausgetauscht. Wenn ich dort mit meiner freiwirtschaftlichen Orientierung auch ein Außenseiter war, so war es aber doch eine fruchtbare Zeit. Es war aber auch eine besonders schwierige Zeit, weil meine damalige Frau schwanger wurde und ihren Arbeitsplatz bei Hamburg nicht antreten konnte. Aus der Zwillingsgeburt mit einem behinderten Kind folgten dann eine Wohnungs- und Finanznot, die nur mit Hilfe der Verwandtschaft gemeistert werden konnte. Bevor das Studium zu Ende war, war das dritte Kind da. Den Segen der Pille kannten wir noch nicht.

Diesen Hinweis werden einige Leser im Textzusammenhang für unangebracht halten. Mir kommt es aber darauf an zu zeigen, daß das Denken, Handeln und Werten aus dem Erleben der Individuen entsteht.

onym gebraucht werden können. Dann gibt es ja auch noch das Wort *Systemordnung*, damit ist dann wohl die innere Struktur einer Ordnung oder eines Systems gemeint. Diese innere Struktur einer Wirtschaftsordnung / eines Systems einigermaßen zu kennen, ist für uns wichtig, um in politischen Diskussionen und in allgemeinen freiwirtschaftlichen Publikationen eine gute Figur zu machen. Die Bezeichnung Planwirtschaft für den untergegangenen realen Sozialismus ist einigermaßen unsinnig, denn geplant wird in der Marktwirtschaft auch. Es kommt darauf an zu wissen, wer in den unterschiedlichen Systemen die Planungskompetenz hat und wie der Planungsvollzug abläuft. Es geht dabei nicht nur um die Fragen, welches Produkt zu welchen Bedingungen an welchem Ort produziert wird, sondern vor allem um die Art der Kooperation und Koordinierung der einzelnen Systemeinheiten.

Zum Begriff Natürliche Wirtschaftsordnung mit Hilfe von Walter Eucken und Silvio Gesell:

Das Wort »Ordnung« wird in einem doppelten Sinne gebraucht. Unter »Wirtschaftsordnung« verstehen wir eine konkrete, positiv gegebene Tatsache. Sie ist die Gesamtheit der realisierten Formen, in denen in concreto jeweils
der alltägliche Wirtschaftsprozeß abläuft ...

»Ordnung« hat aber noch einen anderen Sinn: als Ordnung, die dem Wesen des Menschen und der Sache entspricht; das heißt Ordnung, in der Maß und Gleichgewicht bestehen. Schon die antike Philosophie vollzog diese Fassung des Ordnungsbegriffs. Sie suchte in der Mannigfaltigkeit der Dinge den verborgenen, architektonischen Gestaltungsplan der Welt...

Vor allem zu Zeiten versagender oder ungerechter positiver Ordnungen gewinnt diese Idee der Wesensordnung oder der Naturordnung oder des Ordo regelmäßig eine große Kraft. Die Absurdität der konkreten Zustände gibt den Anstoß dazu. Die Ordnung wird gesucht, welche - anders als die gegebenen Ordnungen - der Vernunft oder der Natur des Menschen und der Dinge entspricht.

Die Wettbewerbsordnung verwirklicht sich nicht von selbst. Sie ist in diesem Sinne keine natürliche Ordnung, kein *ordre naturel*. Es genügt nicht, gewisse Prinzipien des Rechts zu verwirklichen und im übrigen die Entwicklung der Wirtschaftsordnung sich selbst zu überlassen.

Aber in einem anderen Sinne ist sie eine natürliche Ordnung oder Ordo. Sie bringt nämlich die starken Tendenzen zur Wirkung, die auch in der industriellen Wirtschaft zur vollständigen Konkurrenz drängen. Indem die Wirtschaftspolitik diese Tendenzen als Ordnungsformen wirksam macht, tut sie das, was der Natur der Sache und des Menschen entspricht.

Walter Eucken

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.

Silvio Gesell

Fundstellen: Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952
Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 1918, Vorwort zur 3. Auflage
oooooooo

Seit jeher kann man nur etwas organisieren oder ordnen nach zentralen oder dezentralen Prinzipien oder einer ihrer Mischformen. Absolut reine Ordnungsformen gibt es wohl nur in der Theorie. Ich denke aber, daß eine Ordnung, die nicht eine reine Form anstrebt, instabil bleibt.

Seit dem Wirken von Walter Eucken ist uns bewußter, daß es als reine Wirtschaftsordnungen nur die Verkehrs- oder Marktwirtschaft und die Zentralverwaltungswirtschaft oder Kommandowirtschaft gibt. Die Natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) Gesells können wir eindeutig als Verkehrs- oder Marktwirtschaft klassifizieren. Bei dem Ziel, die NWO von der Theorie in die Realität zu transformieren, geht es deshalb darum, die Marktwirtschaft zu komplementieren und sie zum runden Lauf zu bringen. Die NWO ist deshalb nur ein Qualitätssiegel für die angestrebte, noch nicht vorhandene Marktwirtschaft.

Als nächstes gehe ich zum Wort Geld, es macht uns das klare Argumentieren besonders schwer, weil wir unterschiedliche Begriffe von diesem Wort haben. Schauen wir uns erst einmal an, was das Duden-Herkunftswörterbuch zum Wort Geld zu sagen hat.

Geld s: Mhd. gelt „Bezahlung, Ersatz, Vergütung, Einkommen, Rente; Zahlung; Schuldforderung; Wert, Preis; Zahlungsmittel“, ahd. gelt „Zahlung; Lohn; Vergeltung“, asächs. geld „Opfer; Vergeltung; Zahlung“, got. gild „Steuer, Zins“, aenyl. gield „Opfer; Kult; Zahlung, Tribut“, awl. gjald „Lohn; Strafe; Steuer“ gehören zu dem unter →gelten behandelten Verb. Das gemeingerm. Wort bedeutete urspr. „kultische oder rechtliche Einrichtung, Abgabe“, wurde also zunächst im religiös-rechtlichen Bereich gebraucht. Die Bed. „geprägtes Zahlungsmittel“

tel“ tritt im Dt. seit dem 14. Jh. auf und setzt sich seit dem 16. Jh. durch. Die Bed. „Zahlung, Abgabe“ ist noch in den Zus. Brücken-, Schul-, Lehrgeld usw. bewahrt. Groß ist die Zahl der volkstümlichen Ausdrücke für „Geld“, beachte z. B. Asche, Kies, Kohlen, Kröten, Moos, Moneten, Pinke, Pulver, Zaster.

(Duden / Das Herkunftswörterbuch, 1963)

Wir sehen, daß uns die Herkunftsgeschichte des Wortes *Geld* in unserem Streit darüber, ob Giralgeld Geld ist oder nicht, nicht weiterhilft. Unsere Giralgeldtheoretiker können sagen, daß sie über die Freiwirtschaftsschule hinaus zu der großen Mehrheit gehören die Giral- oder Buchgeld für Geld halten. Ich gehöre zu der Minderheit, die sagt, wenn wir die Probleme lösen wollen, müssen wir das „Giralgeld“, das sich entweder aus Guthaben oder Krediten speist, klar vom (Bar-)Geld unterscheiden müssen. Daß mit dem Giralgeld - es sind Ansprüche auf (Bar-)Geld und (Bar-)Geld sind wiederum Ansprüche auf Güter und Leistungen im Markt - durch Übertragung gezahlt werden kann, steht dabei außer Zweifel. Aber der ganze geldtheoretische Teil der Freiwirtschaft fällt in sich zusammen, wenn die Geldmenge nicht mehr genau definiert werden kann. Und wir können nur die Quantität des (Bar-)Geldes genau bestimmen.³ Da die Klärung dieser Streitfrage vermutlich noch ein halbes Jahrhundert dauern wird, gilt es – um Friktionen zu vermeiden - für beide Parteien in der Argumentation Rücksicht aufeinander zu nehmen. Man muß nicht unnötig bei der Reformdiskussion den Geldbegriff differenzieren.

In der Argumentation für die Einführung der Umlaufsicherung kann man sich auf das (Bar-)Geld beschränken – weil es am wenigsten Staatseingriffe in den Bürgerbereich erfordert und weil nachgelegt werden kann, wenn die Umlaufsicherung des (Bar)Geldes nicht ausreicht. Daß die Umlaufgebühr für „Giralgeld“ verzichtbar ist, ergibt sich schon aus der berechtigten Annahme, daß keine Bank umlaufbelastetes Bargeld für Girokonten zum Nulltarif annehmen wird. Je nach Marktlage wird es zu einer Teilung der Umlaufsicherungsgebühren kommen (die der Sparer bei der Einzahlung auf sein Konto spart und die Bank übernehmen muß. Diese Teilung hat dann auf den Girokonten die Gestalt eines Negativzinses, der sich erst bei längerfristigen Einlagen abbaut und bei langfristig gebundenen Einlagen bei entsprechender Marktlage für Kredite dann noch in einen positiven Zins wandeln kann.

³ Und die wirksame (Bar-)Geldmenge können wir nur nach der Einführung der Umlaufsicherung bestimmen.

Mit einer Passage von Günter Moewes Artikel „Über Heuschrecken, Hungerspekulanten und Monster“ in HumanWirtschaft 6/2008 will ich verdeutlichen, daß wir uns mit dem unklaren Geldbegriff selbst die Glaubwürdigkeit rauben.

1,5 Billionen Dollar und die Staatsfonds sitzen weltweit auf drei Billionen. Nur noch 6% des um den Globus vagabundierenden Kapitals werden für Kredite und Abwicklung der Realwirtschaft benötigt. Die anderen 94% sind reines Spekulationskapital. Wieso trägt dieses vagabundierende Kapital zu „Liquidität“ und „Stabilität“ bei? Hat es wirklich eine „stabilisierende Funktion“ für Bauern, Bäcker und andere? Und wieso kann sich so viel mehr Geld ansammeln, als die Realwirtschaft tatsächlich benötigt? Und, wenn so viel überschüssiges Geld da ist, warum haben dann die Staaten so viele Schulden? Und wieso wird dauernd behauptet (u.a. in der Regierungserklärung der Kanzlerin), wer „den Schwachen helfen“ wolle, müsse „die Starken fördern“, damit diese mehr investieren? Sollen die 94% vagabundierenden Kapitals auch noch mit Fördermitteln erhöht werden? ...

... Die oben beschriebenen 94% überschüssigen, vagabundierenden Kapitals können durch Vorwegkäufe und Lagerzurückhaltung die Preise nach Belieben manipulieren. Sie sind wie ein großes Schwarzes Loch, das alle umgebende Materie, alle durch Arbeit entstandene Wertschöpfung gnadenlos in sich aufsaugt. ...

... Nun, das hat mit dem Faust'schen Prinzip des „Fortzeugenden“ zu tun, das ein für allemal im Kapitalismus steckt: Immer mehr Geld wird durch Nicht-Arbeit verdient, durch bloßes zur Verfügung Stellen von Geld. Und das so immerzu leistungslos hinzukommende Geld verdient dann noch mehr Geld, indem es auch wieder zur Verfügung gestellt wird. Fortzeugend sozusagen. So entsteht das mathematische Kettenbriefspiel des Exponentiellen: Die Abschöpfung durch Nicht-Arbeit steigt im Kapitalismus ein für alle Mal exponentiell an - nicht nominal, sondern auch real, d. h. Preisbereinigt. ...

... Inzwischen machen diese bereits beschriebenen, vagabundierenden privaten 94% fast das 20fache der Realwirtschaft aus. „Noch nie in der Geschichte wurde die Welt

von einer derartigen Geldflut überschwemmt". Und da diese exponentiell wachsenden privaten Kapitalmengen stets von einer nur linear wachsenden Wertschöpfung zur Verfügung gestellt werden müssen, wächst im gleichen Ausmaß die Armut auf der anderen Seite, sowohl die der Bevölkerungen als auch die der Staaten. Und zwar notgedrungen auch exponentiell.

Am Anfang benutzt G.M. noch den unklaren Begriff Kapital und überläßt damit dem Leser die Interpretation von dessen, was gemeint ist. Dann wechselt er das Wort Kapital durch Geld aus. Umgangssprachlich ist das noch korrekt, aber nicht in einem Artikel, der sich um eine Analyse bemüht. Denn wenn wirklich das 20fache an Geld im Börsengeschehen umlaufen würde als in der Realwirtschaft benötigt wird, hätten wir – da der Wertpapiermarkt nicht vom Markt für Dienstleistungen und Realgüter getrennt ist – eine Superinflation. Der Zins pumpt auch kein (neues / weiteres) Geld in den Markt, sondern erzeugt nur Ansprüche auf Geld gegenüber den Gläubigern, die diese nur befriedigen können, wenn sie auf Teile ihres Arbeitseinkommens (und damit auf Güter im Markt) verzichten. Richtig ist dann wieder, daß versucht wird, diesen Verzicht über eine Mehrproduktion durch mehr Markterlöse zu kompensieren.

Meine These ist: Daß auf dem Wertpapiermarkt / in der Spekulation relativ wenig (Bar-)Geld zirkuliert. Es werden Wertpapiere zu Lasten des Guthaben- oder Kreditkontos gekauft. Beim Verkauf wieder dem Konto gutgeschrieben usw.. Geld kommt erst wieder ins Spiel, wenn die Wertpapierhalter ihre Papiere abstoßen und zu Lasten ihrer Konten (Bar-)geld abheben. Der ganze Wertpapierumsatz könnte natürlich nicht stattfinden, wenn die Papiere nicht mit einer Meßlatte bewertet werden könnten. Diese Meßlatte liefert das im Realmarkt umlaufende (Bar-)Geld. Das Börsengeschehen hat nur deshalb einen Einfluß auf das Geld, weil es durch seine Stimmungsschwankungen den Umlauf des Geldes / den Ausnutzungsgrad des Geldes beeinflusst. Ein umlaufgesichertes Geld stabilisiert auch die Börsen und sorgt in Verbindung mit sinkenden Renditen für geringere Umsätze. Die Börse wird dann vom Realmarkt bestimmt und nicht umgekehrt wie heute. ⁴

Als nächstes möchte ich auf die Wörter Kapital und Kapitalismus eingehen. „Wörter“ habe ich nicht aus Versehen oder zur Abwechslung geschrieben, sondern da der *Begriff* ja den Inhalt eines Wortes beschreibt, der erst gesucht werden soll, konnte ich „Begriffe“ ja nicht wählen. Fangen wir wieder mit dem schon verwendeten Herkunftswörterbuch an:

4 Hier müßte auch noch eine Börsenumsatzsteuer (Tobin-Steuer) diskutiert werden.

Kapital s „Geld für Investitionszwecke, Vermögenisstamm]“, auch im Sinne von „Nutzen, Gewinn“ in der Redewendung 'Kapital aus etwas schlagen“: Das seit dem 16. Jh. bezeugte, aus it. capitale entlehnte FW ersetzt die in der älteren Sprache üblichen Ausdrücke Hauptgut, -geld, -summe, deren erster Bestandteil Haupt... allerdings selbst eine LÜ von lat. capitälis „vorzüglich, hauptsächlich“ ist. Das lat. Adjektiv, das von dem mit dt. →Haupt urverwandten Substantiv lat. caput „Kopf; Spitze; Hauptsache usw.“ abgeleitet ist und das auch die Quelle für it. capitale (s. o.) ist, erscheint bei uns im 17. Jh. als kapital in der allg. Bed. „hauptsächlich, vorzüglich, besonders (groß, schön, schwerwiegend u. ä.)“. Allerdings begegnet es fast nur in Zus. wie Kapitalfehler, Kapitalhirsch, Kapitalverbrechen. - Abl. von Kapital: Kapitalist m „Kapitalbesitzer“ (17. Jh.), Kapitalismus m „individualistische Wirtschafts- und Gesellschafts-Ordnung, deren treibende Kraft das Gewinnstreben einzelner ist“ (19. Jh.), beide nlat. Bildungen. Dazu das Adj. kapitalistisch. - Von Interesse sind in diesem Zusammenhang zahlreiche Weiterbildungen und Ableitungen von lat. caput, die in unserem Fremdwortschatz eine Rolle spielen. ...

Es ist auch hier nicht leicht, einen für unsere Zwecke brauchbaren Begriff von Kapital und Kapitalismus zu bilden, zumal hier der Zins, die Rendite nicht vom Gewinn, der ja den Arbeitsertrag des Unternehmers enthält, unterschieden wird. Aus einer anderen Quelle habe ich in Erinnerung, daß das Kapital über das lateinische Wort caput vom Kopf des Rindes in einer Zeit abgeleitet wurde, als das Rind noch Zahlungseinheit war. Das Rind war die Hauptsache, wenn es ausgeliehen wurde, und es mußte die Nebensache, das Kalb (der Zins) bei der Rückgabe mit abgeliefert werden. Insofern ist es richtig, Kapital als zinstragendes Eigentum zu bezeichnen. Das Geld und das Gold unter der Matratze (im Hort) wäre demnach kein Kapital, weil es dort keinen Zins abwirft. Das sieht dann aber schon wieder anders aus, wenn Geld und Gold in der Hoffnung gehortet werden, mit der Hortung das Angebot auf den Märkten manipulieren zu können, damit nach der erfolgreichen Manipulation aus den dann aufgelösten Horten höhere Erträge erzielt werden. Die Differenz zwischen den Preisen von vorher und nach-

her wäre eine Rente. (Man bedenke auch das Stichwort Grundstückshortung).

Viel schwieriger finde ich die Unterscheidung von Kapital und Vermögen. Ich gebe am Schluß die beiden Stichworte aus dem Gabler Banklexikon wieder. Nach meinem Verständnis sage ich, das Vermögen unterscheidet sich vom Kapital dadurch, daß es sich auch ohne Anspruch auf Rendite für Investitionen zur Verfügung stellt. Hier wären auch noch die Unterscheidungen von Real- und Finanzkapital / -vermögen zu bedenken. Ich verweise auf die Lexikaauszüge am Ende meines Textes.

Aber auf eine Ungenauigkeit oder auf den Anwendungswandel bei dem Wort ***Investor*** möchte ich noch hinweisen bzw. erwähnen. Früher war der Investor derjenige, der Realkapital in eine Unternehmung einsetzte. Er holte sich das dafür benötigte Geld vom ***Finanzier***. Heute ist im Regelfall der Finanzier gemeint, wenn vom Investor geredet wird.

Wenn wir vom Kapitalismus sprechen, dann ist das aber mehr als die Dominanz von zinstragendem Eigentum in einer Gesellschaft. Bei der Verständnissuche für das Wort *Kapitalismus* ist hier besser von den Vorstellungen der frühen Sozialisten und den Liberalsozialisten auszugehen. Denen ging es bei der Überwindung des Kapitalismus nämlich darum, der Arbeit den vollen Ertrag zu sichern. Und danach ist der Kapitalismus ein gesellschaftlicher Zustand, in dem aufgrund vom natürlichen Monopol (Boden) und den künstlichen Monopolen (Geld und Patente) und von Privilegien, Lizenzen arbeitsloses Einkommen erzielt werden kann. Die Bezeichnung „gesellschaftlicher Zustand“ besagt schon, daß wir es hier nicht mit einer Wirtschaftsordnung nach dem Eingangs erwähnten Muster zu tun haben, sondern mit etwas, für das sich die Bezeichnung „Überlagerungsprinzip oder Überlagerung der Marktwirtschaft“ (nicht allgemein) eingebürgert hat. (Für das Wort *Überlagerung* gibt es mehrere Begriffe im technischen Bereich. Im vorliegenden Fall wurde wohl eine Anleihe in der Kulturanthropologie gemacht.) Das Bild von der Überlagerung gibt uns aber die Möglichkeit, von der Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu sprechen.⁵ Wenn die Marktwirtschaft und der Kapitalismus auf einer Stufe stünden, könnten wir nicht von Überwindung sondern nur von Trennung sprechen.

Der Kapitalismus wird nun auch unterschieden in Privat- und Staatskapitalismus. Diese Aussage macht aber nur Sinn im Hinblick auf die Wirtschaftsordnungen. Den Privatkapitalismus können wir dann der Marktwirtschaft und den Staatskapitalismus der Zentralverwaltungswirt-

⁵ Ich bilde mir ein, diese Redewendung eingeführt zu haben, bevor sie in der freiwirtschaftlichen Literatur auftauchte.

schaft zuordnen. Wenn wir nun den Kapitalismus als Privileg des Eigentums, als Ausbeutung der Arbeit sehen, dann ist das Verfahren der Ausbeutung in beiden Formen des Kapitalismus sehr unterschiedlich. Im Privatkapitalismus ist der Geld- und Bodenzins der Hauptfaktor der Ausbeutung. Im Staatskapitalismus ist der Geldzins – wenn er aus Zweckmäßigkeitsgründen gewährt wird - aber nur ein Nebenfaktor. Bei dem Monopolertrag aus dem Boden (Bodenrente) mag eine ähnliche Ungerechtigkeit wie im Privatkapitalismus vorliegen, kommt aber anders zustande. Aber wichtig ist zu erkennen, daß die Zentralverwaltungswirtschaft gar nicht ohne Unterdrücker und willkürliche Lohnzumessung auskommt. Die Unterdrücker müssen aber mit Privilegien (mehr Lohn, bessere Wohnungen etc.) bei Laune gehalten werden. So wie sich der Kapitalismus seine Manager nach ihrer Fähigkeit, eine möglichst hohe Rendite herauszuschinden, aussucht, so sucht sich der Staatskapitalismus die Unterdrücker aus, die dafür sorgen, daß das System am Laufen bleibt. Einen gerechten Leistungslohn kann der Staatskapitalismus deshalb nicht zahlen, weil dazu eine Vielzahl frei konkurrierender Anbieter und Nachfrager von Arbeit nötig wären. Das kapitalistische Überlagerungsprinzip erscheint mir bei der Zentralverwaltungswirtschaft als unaufhebbar.

Wenn in jüngster Zeit wieder ***der Dritte Weg*** im Gespräch ist, dürfen wir nicht vergessen, daß sich dieser nicht als Alternative zur Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft anbietet, sondern als Alternative zum Privat- und Staatskapitalismus. Von der Freiwirtschaft aus gesehen, meint dieses Schlagwort eine mit Hilfe der NWO zum runden Lauf gebrachte ökologische, ausbeutungsfreie, Freiheit gewährende Marktwirtschaft.

Noch ein paar Anmerkungen zur ***Umlaufsicherung***

a) Rechtlicher und Durchführungs-Aspekte

Einer der Listenteilnehmer (Es war wohl T. S.) sagte, für die Einführung der Umlaufsicherung bräuchte man keine Gesetze, die Zentralbank wäre befugt, sie einzuführen, wenn sie sie für notwendig erachtet. Für die Bundesbank in der DM-Zeit kann ich das bestätigen. Gilt es auch für EZB? Wer hat die Verträge daraufhin durchgelesen? Ich hoffe, die EZB hat in dieser Beziehung die gleichen Befugnisse, sonst müßten alle beteiligten Staaten an Ergänzungsverträgen mitarbeiten und diese beschließen. Die Unabhängigkeit der Zentralbank von den Parlamenten und Regierungen kann sich hier aber auch als Nachteil auswirken, weil es nur von der Einsichtsfähigkeit der Beschlußgremien der Zentralbank abhängt, ob es eine Umlaufsicherung gibt oder nicht. Und wir wissen aus Erfahrung, daß die Lerngeschwindigkeit in Sachen Wäh-

rung schneckenhaft ist.

Unser verstorben Freund Elimar Rosenbohm, der ja in einer Landeszentralbank (Filiale der Bundesbank) gearbeitet hat, sagte wiederholt: „Um die Technik der Umlaufsicherung brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. In der Bundesbank ist genügend Sachverstand, bei einem entsprechenden Auftrag das zweckmäßigste Verfahren zu präsentieren!“

b) Umlaufsicherung variabel oder konstant?

In seinem Beitrag „Vom Gelde“ Keynes zur Umlaufsicherung des Geldes“ in „Zwischen Zeiten & Unzeiten“ (Hrsg. Gerhard Senft) schreibt Jörg Gude unter:

D. Die Beeinflussung der Umlaufgeschwindigkeit

Erstmals habe ich in einer Buchbesprechung die Variation der Höhe einer Umlaufsicherungsgebühr des Geldes ins Feld geführt und diesen Gesichtspunkt auch in der Diskussion der freiwirtschaftlichen Richtung mit dem offiziellen Standpunkt der Bundesbank unter Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer zum Gegenstand der Betrachtung gemacht. Zu meinem Bedauern muss ich feststellen, dass nachfolgende freiwirtschaftliche Veröffentlichungen diesen Gedanken nicht aufgenommen oder vertreten haben. Nach meiner festen Überzeugung bleibt aber die Freiwirtschaftslehre einen gedanklich schlüssigen Nachweis dafür schuldig, wie die konjunkturellen Schwankungen behoben werden sollen, wenn nicht auch mit der Variation der Geldumlaufgebühr ein Instrument zur Verfügung gestellt wird, welches flexibel eingesetzt werden kann.

In einer von manchen Freiwirten herbeigesehnten stationären, also nicht wachsenden Wirtschaft könnte sich mit einer konstanten Geldumlaufgebühr eben dieser Zustand einstellen, in dem das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Waren und Geld durch einen einmaligen Eingriff austariert wird.

Wenn man den privaten Sektor, der sich auf einem gleich bleibenden Niveau ständig reproduziert, mit der Stabilitätsannahme aus dem Weltbild des Friedman-Monetarismus kombiniert, würde alles in bester Ordnung sein. Dann bedürfte es tatsächlich nur einer einmaligen Korrektur, also einer Einführung einer Demurrage mit einem festen Satz. (S.181)

Es ist ganz klar, für Verfahren und Instrumente, die erst in der Vorstellung bestehen, können die Wirkungen und Folgen bis zur Einführung nur theoretisch abgeleitet werden. Bei dieser Ableitung können Fehler unterlaufen. Also muß man eine Korrekturmöglichkeit für den Fall der Abweichung von der Annahme vorsehen. Die Höhe der Umlaufsicherungsgebühr und die Frage „konstant?“ oder „variabel?“ muß vor der Einführung durchdacht und in der Höhe be-

stimmt werden, aber nach der Einführung korrigierbar sein. Vieles spricht dafür, daß eine konstante Gebühr ausreicht. Weil die Konjunkturschwankungen in einem System des umlaufgesicherten Geldes immer mehr abflachen werden. Was nicht geschehen darf, ist Folgendes:

1. Die Umlaufgebühr darf nicht zu fiskalischen Zwecken mißbraucht werden.
2. Die Umlaufgebühr darf keinen enteignenden Charakter haben.
3. Variable Umlaufgebühren dürfen die Wirtschaftsteilnehmer nicht verunsichern.

c) Aspekt der Wirksamkeit der Umlaufsicherung in der Krise

Nun höre ich Freunde der NWO, die sagen, ich kann doch mit der Umlaufsicherung in Bezug auf Finanzkrise in den USA nichts anfangen. Ist das wirklich so? Ich kann mich in diesem Fall nur auf die Informationen verlassen, die mir über die Massenmedien vermittelt wurden.

Ich sehe es so: Die Finanzkrise in den USA wurde durch die Praktizierung einer untauglichen Umlaufsicherung ausgelöst. Wir müssen bedenken, daß das Instrument „Deficitspending“ von Keynes ein Ersatz (oder eine eigene Kreation) der freiwirtschaftlichen Umlaufsicherung sein soll. In den USA hat das Prinzip mit Beginn des zweiten Weltkrieges auch seine Erfolge gehabt. In Deutschland unter dem Superminister Schiller hat es zur Stagflation und der Eröffnungspirale der Staatsverschuldung geführt. Das, was da in den USA bei der Immobilienfinanzierung und den Kreditkarten gelaufen ist, war der Versuch durch Anwendung des Defizit-spending auf Privathaushalte die Konjunktur am Laufen zu halten. Die Zentralbank muß davon ausgegangen sein, daß bei einer verbesserten Konjunktur mit steigendem Einkommen, die Privathaushalte die Kosten ihrer Kredite nicht nur tragen, sondern obendrein auch noch Tilgungen vornehmen könnten. Für die Kreditinstitute und ihre Vermittler war es natürlich eine gute Sache, auf dem gesättigten Kreditmarkt neue – wenn auch viele kleine – Kreditnehmer gefunden zu haben. Die Rechnung ging wohl deshalb nicht auf, weil die von mir vermutete Kalkulation der Zentralbank, daß die zusätzlichen Dollars in ausländische Horte versickern würden, nicht aufging. Die steigende Geldentwertung zwang zur Geldverknappung durch Zinsanhebung, ohne daß die Konjunktur und das Einkommen der Privathaushalte stieg. Die Privathaushalte sahen sich nun mit einem stark reduzierten Einkommen aufgrund der Unterbeschäftigung und dem erhöhten Zinsniveau das der Schwenk in der Währungspolitik brachte in einer Situation, wo sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten. Die logische Folge waren notleidende Kredite und notleidende USA-Banken und der von diesen herausgegebenen auf Forderungen an die Privathaushalte lautenden Wertpapiere. Diese Beschreibung ist natürlich – wie schon angedeutet - nur eine Annahme von mir. Wir werden später se-

hen, ob sie richtig oder falsch ist.

Schwierigkeiten habe ich mit einer Erklärung des schiefgelaufenen Geschäftes der us-ausländischen Banken mit den zertifizierten Forderungen gegenüber den us-amerikanischen Privathaushalten. Leicht verständlich ist, daß diese Papiere an Wert verloren haben, weil sie von massenhaften Insolvenzen betroffen waren. Aber warum haben z. B. deutsche Banken diese Papiere gekauft. Erklärbar ist, daß Banken unter dem Druck möglichst hohe Jahresüberschüsse zu präsentieren, auch über die Grenze schauen, ob es dort bessere Anlagen als im Inland gibt. Nun wird aber gesagt, daß die USA ein niedriges Zinsniveau hatte. Wenn es niedriger war als in Deutschland, warum wurden dann diese Papiere gekauft? Eine Erklärung wäre, die US-Banken hatten diese Papiere mit einem Disagio ausgestattet. Bezahlung bei Kauf 80 oder 90% des Wertes und Rückzahlung bei Fristablauf 100%. Dann bleibt aber die Frage, wie wollten die US-Banken das Disagio erwirtschaften? Gab es hier Subventionen vom US-Staat? Ärgerlich an der Sache ist, daß dieser Kladderadatsch der Marktwirtschaft angelastet wird und die Staatsfanatiker wieder Oberwasser gewinnen.

d) zum Begriff der *Umlaufgeschwindigkeit*

In der Verkehrsgleichung wird die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes als selbständiger Faktor hingestellt. Karl Walker hat wiederholt darauf hingewiesen, daß das nicht korrekt ist. Die Umlaufgeschwindigkeit kann zwar auf Null sinken, aber nicht beliebig erhöht werden. Die Umlaufgeschwindigkeit kann nicht schneller sein, als der unbehinderte Güter- und Leistungsstrom. (Man nehme das Bild von der Wassermühle als Verständnishilfe. Oder: Man bilde einen Kreis von einer geraden Anzahl von Personen. Die erste Person hat einen Geldschein in der Hand und die nächste einen Gegenstand, der als Tauschgut fungieren kann. Da es hier nicht auf die Preisbildung ankommt, läßt man diese unberücksichtigt. Jetzt fängt man an zu tauschen: Geld gegen Gut. Wir können gleich sehen, daß das Geld nicht schneller weitergegeben werden kann, als die Güter empfangen werden.) Die Umsätze finden synchron statt. Nur bei der Schuldentilgung – bei der die Produktion in der Vergangenheit liegt – kann das Geld so schnell sein, wie es die Übertragungstechnik erlaubt. Bei den Vorschüssen auf künftige Güter scheint es auch noch eine Abweichung der obigen Aussage zu geben. Aber hier haben wir es mit einem Kredit des Käufers an den Produzenten zu tun.

Hans Hoffmann (Schweiz) und Elimar Rosenbohm (Deutschland) haben deshalb versucht, den Begriff *Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes durch den aus der Technik stammenden Be-

griff des *Ausnutzungsgrades* zu ersetzen. Das Giral- und Plastikgeld gehört nach diesem Verständnis in der Verkehrsgleichung nicht zu dem G sondern zu dem U. Das müßte auch unmittelbar einleuchten, denn ohne Girokonten und die Verfügungen darüber mit Schecks, Überweisungen und Kreditkarten müßte wesentlich mehr (Bar-)Geld im Umlauf sein, um die gleiche Zahl von Tauschakten zu bewältigen, weil die Wege des (Bar-)Geldes länger und zeitrauender wären.

Welche Rolle spielt das *Kreditrisiko* währungspolitisch?

Unter dem Einfluß der Geldtheorie von Gunnar Heinsohn und **Otto Steiger**: Siehe Eigentum, Zins und Geld / Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft / Metropolis-Verlag Marburg 2002, 540 Seiten / Zweite, durchgesehene Auflage ISBN: 3-89518-304-0 /

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/betz/be447.htm>

wird die Frage gestellt, ob die Kreditsicherheit in der Freiwirtschaft unterbelichtet ist. Ich denke, sie ist es nicht. Die Kreditsicherheit hat nur dann für die Währungssicherheit eine Bedeutung, wenn privat gehaltenes Bargeld und Einlagen bei den Banken aufgrund fehlender Sicherheiten nicht als Kredit weitergegeben werden. Dann ist nämlich der Umlauf betroffen.

Ich kann mich an eine Stellungnahme von Heinsohn und Steiger erinnern, wo sie Sorge um die Währung hatten, weil die Bundesbank (oder war es schon die EZB ?) Geld gegen zweifelhafte Wertpapiere herausgegeben hätte. Aus der Sicht der Eigentumstheorie des Geldes ist das sicher logisch. Aber auf dem Hintergrund von Gesell und den weiteren Quantitätstheoretikern Unsinn, weil das Geld seinen Wert durch seine Funktion und das Verhältnis von Menge x Umschlaghäufigkeit zur Warenmenge hat. Heinsohn und Steiger sind meines Erachtens ein Rückfall in die Vorstellung, Geld müsse durch Gold oder ein anders Gut gedeckt werden. Das mangelnde Kreditsicherheiten für eine Bank problematisch sein können, sieht man ja an der aktuellen Situation. Aber noch so gut gesicherte Kredite mit vorsichtig bewerteten Sicherheiten werden für das Kreditgewerbe zum Problem, wenn die Konjunktur merklich und mit Einkommensminderungen der Kreditnehmer einbricht. Nur die erstrangig abgesicherten Darlehen haben dann in massenweise stattfindenden Zwangsversteigerungen eine Chance, befriedigt zu werden. Daher sage ich nach wie vor: Die größte Kreditsicherheit ist ein gute Konjunktur mit Vollbeschäftigung und der Wille der Häuslebauer, ihr Haus zu behalten.

Ich habe noch das Stichwort Zins aus dem genannten Wörterbuch eingescannt. Ich will damit

schließen, nur noch darauf hinweisen, daß der Begriff *Zins* sich mit der Zeit vom Tribut zur Gegenleistung einer Leistung wandelt.

Zins m: Das Substantiv mhd., ahd. zins „Abgabe, Tribut, [Pacht-, Mietzins“ ist aus lat. census „Vermögensschätzung, Steuerliste, Vermögen“ entlehnt (vgl. Zensur). Die Bed. „Entgelt für die Überlassung von Kapital“ ist seit mhd. Zeit belegt, für sie gilt seit Ende des 18. Jh.s meist die Mehrz. Zinsen. Abl.: Zinsen, veraltet für „Zins[en] zahlen“ (mhd., ahd. zinsen), dazu verzinsen (mhd. verzinzen „Zins bezahlen“, seit dem 16. Jh. auf die Kapitalzinsen bezogen).

(N.S. Nach kleinen Änderungen meines Textes, dachte ich aufatmend: „So kannst du ihn belassen!“ Dann hole ich Post aus dem Kasten. Darunter ist das bestellte Buch von Dirk Löhr aus dem Gauke-Verlag: „Die Plünderung der Erde / Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung / Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik“. Dirk Löhr, Kenner der NWO lehrt als Prof. am Umwelt-Campus Birkenfeld der Fachhochschule Trier Steuerlehre und Ökologische Ökonomik. Das Buch hat eine sympathische Aufmachung und sollte erworben werden, auch wenn es nur auszugsweise gelesen wird. Autoren, die sich auf die Freiwirtschaft einlassen, brauchen Zuspruch.

Ich schlage das Buch auf. Ich habe eine Tabelle vor den Augen. Bevor ich den Inhalt erfassen kann, werde ich durch einen Anruf gestört. Ich schlage das Buch nochmals auf und habe den nachfolgenden Widerspruch zu meinen eigenen Aussagen vor Augen.

b. Neutralisierung der Buchliquidität

Ich möchte an dieser Stelle an einen Vorschlag anknüpfen, den ich 1995 zusammen mit Jenetzky publiziert habe. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die Problematik des „Idle money“, also des „streikenden Geldes“, weniger von den Scheinen unter der Matratze der sprichwörtlichen Großmutter ausgeht. Die Geldströme werden vielmehr sehr stark von institutionellen Anlegern wie Banken, Versicherungen, Kapitalanlagegesellschaften etc. kontrolliert. Das Problem ist also v.a. das „parkende Buchgeld“. Dementsprechend zielt der hier dargestellte Vorschlag darauf ab, das „parkende“ Buchgeld zu mobilisieren, indem die verschiedenen Bankpassiva entsprechend ihrer Bindung von Zentralbankgeld belastet werden. Die Bindung von Zentralbankgeld bei geldnäheren Anlageformen ist stärker als bei geldferneren, da die Geschäftsbanken bei Ersteren eine höhere Liquiditätsvorsorge treffen müssen. Die Liquidität, welche die Banken vorzuhalten gezwungen sind, steht jedoch nicht dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung. Die geldnäheren Anlageformen sind daher für den Konjunkturmotor „schädlicher“ (es handelt sich auch hier um „externe Effekte“) als die geldferneren und müssten daher stärker belastet werden. ...

Den Gedanken des „parkenden Buchgeldes“ habe ich auch schon in einem Vortrag von Prof. Thomas Huth (der wie Rosenbohm Zentralbankerfahrung hat) gehört. Ich halte den Gedanken nicht für schlüssig. Der Gedanke kann überhaupt nur aufkommen, wenn man Buch- oder Giralgeld für Geld hält. Das Buchgeld (das sind die Einlagen Bankkunden) nicht unnötig auf den Konten ruht, daran haben die Banken auch ohne eine Umlaufgebühr ein großes Interesse. Die Fristentransformation und die risikoreichen Spekulationen sind ein Beweis dafür. Das ein erheblicher Teil des Kreditvolumens durch die Spekulation gebunden ist, hat allenfalls eine Auswirkung auf die Zinshöhe. Daß das Bankensystem ein gewisses Quantum an (Bar-)Geld-Vorräten halten muß, ist auch kein Problem, soweit dieser Teil der (Bar-)Geldmenge einigermaßen konstant ist. Die (Bar-)Geldhaltung der Banken schwächt den Ausnutzungsgrad des (Bar-)Geldes ab. Auf diese Abschwächung kann sich die Zentralbank aber die Mengendosierung einstellen. TA)

Und zuallerletzt noch die Stichworte Kapital und Vermögen aus dem Gabler Bank Lexikon, 12. Auflage, CD-ROM, o.J. Auf den nächsten beiden Seiten:

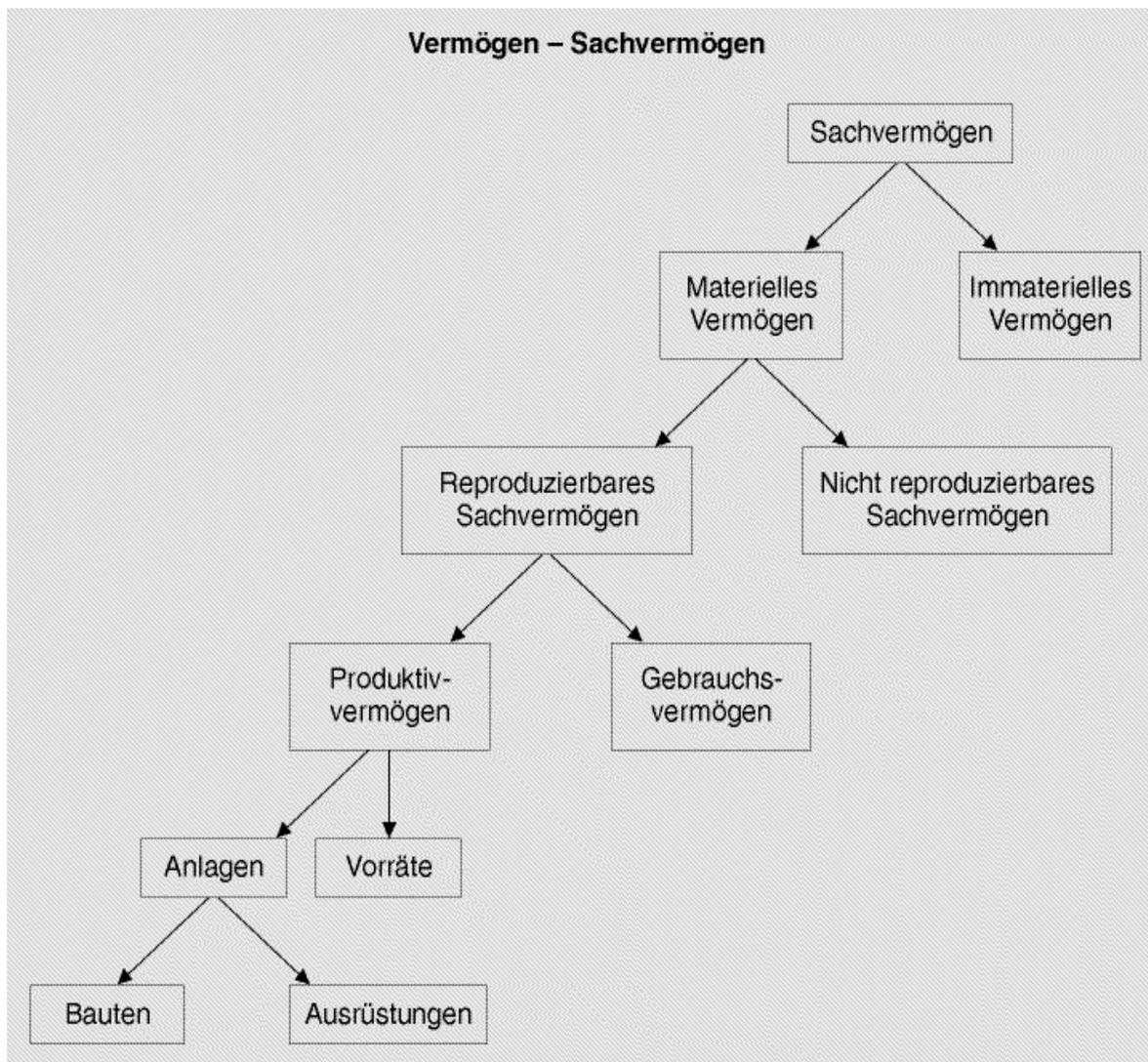
Kapital:

1. *Volkswirtschaftlich*: **Realkapital** (Sachkapital oder volkswirtschaftliches K.) sind Güter, die die Erzeugung anderer Güter ermöglichen (Maschinen, Rohstoffe usw.) und die durch Arbeitsleistung und Kapitaleinsatz produziert wurden (produzierte Produktionsmittel). Das Realkapital ist neben der Arbeit und dem Boden der dritte Produktionsfaktor. – 2. *Betriebswirtschaftlich*: **Unternehmungskapital** (auch Erwerbsskapital); die Finanzierungsmittel der Unternehmung für **Investitionen**; es erscheint nach Art seiner Herkunft gegliedert auf der Passivseite der **Bilanz**: a) als **Eigenkapital** (in der Praxis oft unrichtig "K." genannt) und b) als **Fremdkapital**. Die Aktivseite der Bilanz zeigt die Verwendung des K.: (a) die "Kapitalgüter", unterteilt in stehendes oder **Anlagevermögen** (das mehrere Produktionsprozesse überdauert: Gebäude, Maschinen usw.) und (b) **umlaufendes** oder **Betriebsvermögen** (das nur einmal verwandt wird: Rohstoffe, Hilfsstoffe, Geld usw.). K. ist also ein abstrakter Wert, der stets in **Geld** ausgedrückt wird. Wertträger des K. kann jedes Produktionsgut, auch Geld und **Forderungen** (oft verbrieft in **Effekten**), sein. **Eigentümer** und **Gläubiger** der Unternehmung haben keinen Anspruch auf bestimmte Produktionsmittel, sondern nur Eigentümer- oder Gläubigeransprüche auf K. ("Kapitalrechte"). Diese Kapitalrechte sind übertragbar, in besonders leichter Form als **Aktien** oder **Obligationen** (Anleihen (**Schuldverschreibung**)); ihr Markt sind die **Finanzmärkte** (**Geld- und Kapitalmarkt**). Der Preis für die Nutzung der Kapitalrechte ist der **Zins**. – Im *Kreditverkehr* werden vielfach nur langfristig zur Verfügung stehende Kapitalgüter (Spargelder) oder Kapitalrechte (Aktien, Obligationen, **Hypotheken**) als K. bezeichnet. Ihr Markt ist der Kapitalmarkt. Kurzfristig zur Verfügung stehende Kapitalgüter (**Geldkapital**) und Kapitalrechte (**Wechsel, Scheck** usw.) werden als "Geld" bezeichnet und auf dem **Geldmarkt** gehandelt (**Kredit**).

Vermögen:

Im rechtlichen Sinne: Summe aller geldwerten Güter einer **Person**. Hierzu gehören neben dem **Eigentum** und anderen dinglichen Rechten auch **Ansprüche**, **Forderungsrechte** und **Gesellschaftsanteile** sowie das **Erbrecht**. Auch werden **Urheberrechte**, **Patentrechte** u. Ä. vom Vermögensbegriff mit umfasst, soweit sie geldwert sind. – 2. *Im betriebswirtschaftlichen Sinne*: **Aktiva**; einer Unternehmung zur Verfügung stehende **Sachgüter**, **Beteiligungen** und **Forderungen** sowie **Zahlungsmittel**. – Der Gesamtwert aller Vermögensgegenstände ist das **Bruttovermögen**, von dem aus unter Abzug der **Verbindlichkeiten** das **Reinvermögen** (**Eigenkapital**) errechnet wird. Das V. der Unternehmung wird in der **Bilanz** dargestellt (**Vermögensrechnung**). – Nach *Steuerrecht*: **Steuerbilanz** und **Handelsbilanz**, **Unterschiede**. – 3. *Im volkswirtschaftlichen Sinne*: a) **Geldvermögen** ist nach der Begriffsverwendung durch die **Deutsche Bundesbank** das **Bruttogeldvermögen** eines Wirtschaftssubjekts (**Bargeld**, **Sichteinlagen** bei Banken [**Giralgeld**] und **Forderungen**

gegen andere Wirtschaftssubjekte einschließlich Aktien und anderer Beteiligungen). Der volkswirtschaftliche Begriff entspricht damit dem betriebswirtschaftlichen Begriff des Finanzvermögens (Finanzanlagen und Finanzpositionen des Umlaufvermögens). Die Differenz von Bruttogeldvermögen und Verbindlichkeiten ist das Nettogeldvermögen. Die Bundesbank bezeichnet es als Nettoforderungen (positiv) oder Nettoverpflichtungen (negativ). – Das Sachvermögen eines Wirtschaftssubjekts besteht aus materiellem und immateriellem V. Das immaterielle V. umfasst z. B. Humankapital und Patente. Das materielle V. wird weiter untergliedert in reproduzierbares und nichtreproduzierbares Sachvermögen (vgl. Abbildung "Vermögen – Sachvermögen").



Unter Berücksichtigung der Verrechnung von Bruttogeldvermögen und Verbindlichkeiten zum Nettogeldvermögen ist die Erhöhung des Sachvermögens die Nettoinvestition eines Wirtschaftssubjekts. – Die Forderungen aller inländischen Wirtschaftssubjekte gegenüber dem Ausland ergeben nach Abzug der Verbindlichkeiten der inländischen Wirtschaftssubjekte gegenüber dem Ausland die Nettoauslandsposition. Eine Erhöhung der Nettoauslandsposition entspricht dem Leistungsbilanzüberschuss (Leistungsbilanz).